

Streifzüge

Preis: 30,- öS

1/1998

Und jetzt wird wieder in die Hände gespuckt ...

von Erich Ribolits

Wider die Überhöhung der Arbeit zur zentralen menschlichen Bestimmungsgröße und die daraus folgende Unfähigkeit, dem Weniger-werden der Erwerbsarbeit anders als mit dem Ruf nach neuen Arbeitsplätzen zu begegnen.

Schon Ende der 50er Jahre prognostizierte Hannah Arendt in ihrem Buch „Vita activa“, daß der technische Fortschritt die Menschheit in naher Zukunft von den uralten Fesseln der Arbeit, die sie unmittelbar an die Natur ketten, entbinden werde. Allerdings sah Arendt schon damals voraus, daß die Befreiung von der Last der Arbeit und dem Joch der Notwendigkeiten nicht als die schlußendliche Befriedigung der ewigen Sehnsucht des Menschengeschlechtes „nach einem von Mühe befreiten, göttergleichen Leben“ in die Geschichte treten wird. Denn – so führt sie aus – „die Verwirklichung des uralten Traums trifft wie die Erfüllung von Märchenwünschen auf eine Konstellation, in der der erträumte Segen sich als Fluch auswirkt. Denn es ist ja eine Arbeitsgesellschaft, die von den Fesseln der Arbeit befreit werden soll, und diese Gesellschaft kennt kaum noch vom Hörensagen die höheren und sinnvoller Tätigkeiten, um deretwillen die Befreiung sich lohnen würde. Was uns bevorsteht ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein.“

Tatsächlich galt die Arbeit den Menschen bis an die Schwelle zur Neuzeit als „Fluch Gottes“; eine dem Menschen auferlegte bittere Notwendigkeit, der sich jeder, der es sich leisten konnte, entzog. Erst danach setzte ein sukzessiver Prozeß ein, in dessen Verlauf die Arbeit ihren Makel als ein von Gott auferlegtes Übel abschüttelte und zur Tugend umgedeutet wurde. Zunehmend erlangte sie den Status der grundlegenden Bestimmungsgröße des Menschen. Indem das

Besondere am Menschen immer weniger in seiner unsterblichen Seele und immer mehr in seiner Fähigkeit gesehen wurde, das Schicksal durch Intelligenz und Willenskraft zu bestimmen, wurde Arbeit zur neuen Definitionsgröße des Menschen. Sie wurde zu jener Größe, die – wie es Friedrich Engels später einmal formulierte – den Affen zum Menschen macht.

Diese Entwicklung, die in der frühen Neuzeit ihren Anfang genommen hatte und mit den bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts kräftigen Aufwind erhalten hatte, gelangte schließlich, unter tatkräftiger Unterstützung der Arbeiterbewegung, um die Wende zum 20. Jahrhundert zu ihrem Abschluß. Die Arbeiterbewegung war es, die die feudale parasitäre Faulheit endgültig desavouierte und das bürgerliche Leistungsstreben definitiv in den Köpfen der Menschen verankerte. In einer beispiellosen Überhöhung der Ideologie ihrer Unterdrückten hat sie den geknechteten und unterdrückten Arbeiter zum Helden der Geschichte und die entfremdete Arbeit zum Hohelied des Industriezeitalters umgedeutet. Die soziale Disziplinierung durch Arbeit – im Kontext profitorientierter Ökonomie! – wurde dergestalt zu etwas hochstilisiert, um das es sich zu kämpfen lohnt. Der letzte Ansatzpunkt für ein Infragestellen der „Ideologie der Arbeit“ war damit gebrochen. Arbeit hatte sich losgelöst von der Bindung an Bedürfnisbefriedigung und war zu einem „Zweck an sich“ geworden – die Arbeitsgesellschaft war etabliert.

Das ist die Grundlage jener Situation, die Hannah Arendt im eingangs zitierten Textausschnitt anspricht: Die Tatsache, daß immer

weniger menschliche Arbeit notwendig ist, um die Bedürfnisbefriedigung der Menschen sicherzustellen, kann nun nicht mehr als Segen wahrgenommen werden. Dementsprechend wird angesichts des Rückgangs an Arbeitsplätzen heute kaum jemals darüber gesprochen, daß die durchschnittliche Wertschöpfung pro geleistete Arbeitsstunde auch derzeit massiv ansteigt und der durch Arbeit geschaffene gesellschaftliche Reichtum weiterhin anwächst. Der vom Arbeitsethos paralytierte Blick verhindert die Forderung nach einer gerechten Aufteilung des Arbeitserfolgs. Bevor die unserer Gesellschaft immanente Vergötzung der Arbeit nicht grundsätzlich relativiert wird, besteht überhaupt keine Chance, das Weniger-werden der Lohnarbeit dafür zu nützen, gesellschaftspolitische Alternativen jenseits von Lohnarbeit und Arbeitsgesellschaft zu entwickeln. Stattdessen werden von allen Seiten in hilfloser Einigkeit neue Arbeitsplätze gefordert. Als Maximalvorstellung der gesellschaftlichen Verantwortung gegenüber dem Einzelnen erscheint ein „Menschenrecht auf Arbeit“, eine Forderung nach „Wohlfürsorge für alle“ wagt gar niemand zu denken.

Uns allen, die wir gelernt haben, uns über Arbeit zu definieren, wird allerdings nichts anderes übrig bleiben als (wieder) zu entdecken, daß der Sinn des Lebens nicht darin liegen kann, sich Arbeitsprozessen unterzuordnen, die nicht an der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern an der Maximierung von Profit ausgerichtet sind. Denn auch wenn Politiker aller Couleurs derzeit regelmäßig Maßnahmen zum Schaffen neuer Lohnarbeitsplätze ankündigen,

ist nicht zu erwarten, daß sich der Prozeß der rapide anwachsenden Arbeitslosigkeit (und der damit verbundenen sukzessiven Entwertung der Arbeit) umkehren wird. Der Arbeitsgesellschaft geht ihr namensgebendes Gut – die Erwerbsarbeit in ihrer klassischen Ausprägungsform – aus. Und diese Entwicklung ist endgültig. Denn im Gegensatz zur Arbeitslosigkeit in früheren Entwicklungsphasen im System kapitalistischer Arbeitskraftverwertung, signalisiert die gegenwärtige Arbeitslosigkeitsschelle nicht eine Periode der Umstrukturierung im System, sondern *die Krise des Systems selbst*. Es handelt sich dabei nicht – wie oft behauptet – bloß um Folgen des technischen Fortschritts oder der ökonomischen Globalisierung.

Wären dies die Ursachen des Weniger-werdens an Lohnarbeitsplätzen, dann wäre das System der kapitalistischen Arbeitskraftverwertung noch lange nicht grundsätzlich in Frage gestellt. So ist das Hervorbringen neuer, produktivitätssteigernder Technologien und Arbeitsverfahren nachgerade ein Kennzeichen der kapitalistischen Ökonomie. Und auch der mit dem Begriff Computer verbundene, gegenwärtige Produktivitätsfortschritt ist nur ein – wenngleich gewaltig groß – technologischer Entwicklungsschritt, wie es deren schon viele gegeben

hat. Hätte sich an den Rahmenbedingungen nichts geändert, würden – so wie bisher – die durch den technischen Fortschritt „freigesetzten“ Arbeitskräfte bald schon von Wirtschaftsbeiräten aufgesogen werden, die durch die weitere Ankurbelung des Warenverkehrs und das Wecken neuer Konsumwünsche entstehen.

Auch die durch die Globalisierung ausgelösten Arbeitsplatzverlagerungs- und Vernichtungseffekten, einschließlich der damit verbundenen sozialen Erosionen bringen die Arbeitsgesellschaft nicht unbedingt zum Kippen. Zwar funktioniert es tatsächlich immer weniger, durch die Unterordnung der Politik unter Wirtschaftswachstumsprämissen den Spielraum für die sozialstaatliche Abfederung gesellschaftlicher Widersprüche zu schaffen. Mit den vorhandenen Instrumenten nationaler Politik kann die global agierende Konkurrenzökonomie nur mehr in immer geringeren Maß beeinflußt werden. Und es würde wohl Jahrzehnte dauern, bis transnationale politische Instrumentarien installiert sind, die es ermöglichen, den Kapitalismus auch auf globaler Ebene jenes soziale Erscheinungsbild zu geben, das seinen zuletzt recht guten Ruf begründet hat. Aber prinzipiell kann davon ausgegangen werden, daß es vielleicht irgendwann auch im internationa-

len Rahmen möglich wäre, die Anarchie des (Arbeits-)Marktes politisch zu überformen.

Was aber tatsächlich berechtigt, heute von einem heraufdämmernden „Ende der Arbeitsgesellschaft“ zu reden, ist, daß zunehmend die ökologisch diktierten „Grenzen des Wachstums“ sichtbar werden. Permanente Ausweitung ist aber einer der Grundpfeiler der kapitalistischen Ökonomie. Das traditionelle Lösungsmuster für kapitalistische Krisen, das Ankurbeln der Wachstums- und Konsumspirale, stößt jedoch immer deutlicher an Grenzen. Lange Zeit war es möglich gewesen, den Zerstörungsfaktor von Arbeit, der im schlichten „Aufbrauchen von Umwelt“ besteht, weitgehend auszublenden. Heute sind die Grenzen des Wachstums, die sich in Form limitierter Ressourcen und in den ökologischen Folgekosten der an Profit orientierten Arbeitskraftverwertung zeigen, nicht mehr übersehbar. Hier ist die Ursache dafür begründet, daß dem Kapitalismus seine Lohnarbeit schaffende Potenz abhanden gekommen ist. Genau das, was durch Arbeit überwunden werden sollte – die Abhängigkeit des Menschen von der Natur – erzwingt somit schlußendlich die Einsicht, daß es nicht die Arbeit, sondern wohl doch eher die Vernunft sein muß, die den Menschen vom Tier unterscheidet.

Feierabend der Arbeit

DER LANGWIERIGE ABSCHIED VON ORA ET LABORA

von Franz Schandl

„Als ich dem arbeitswütigen G. gegenüber beiläufig erwähnte, daß es Arbeit, gemessen am Alter der Menschheit, erst seit einer relativ kurzen Zeit gebe, da schnappte er nach Luft.“ (Günther Anders, Ketzereien)

Eines der gängigsten Vorurteile ist: Arbeit hat es immer gegeben, Arbeit wird es immer geben, Arbeit zeichnet den Menschen aus. Diese Liebe zur Arbeit nannte schon Paul Lafargue eine „seltsame Sucht“. Heute nun gibt es nicht mehr genügend Drogen, um diese Sucht auch zu stillen. In Zeiten der Ernüchterung, verhalten sich die Süchtigen aber wie Abhängige auf Entzug. Überall trachten sie daher, Arbeit aufzustellen. Schließlich will man die „Schlacht für die Arbeit“ (Lionell Jospin) gewinnen.

Die Slogans weisen alle in die selbe Richtung: „Arbeit durch Umwelt“ (Grüne), „Arbeit durch Wirtschaft“ (Wirtschaft), „Arbeit für alle“ (eigentlich alle), „Arbeit, Arbeit, Arbeit“ plakatierte erst unlängst die SPD. Trotz aller politischen Differenzen gab und gibt es einen starken und breiten Konsens, ein unhinterfragtes Bekenntnis zur Arbeit. Tritt die CDU für ein „Bündnis für Arbeit“ ein, so die SPD für ein echtes Bündnis für

Arbeit. Grüne und PDS wiederum werfen den großen Schwestern vor, es damit nicht so ernst zu nehmen, wie sie es täten, wenn sie könnten, wie sie wollten, würde man sie lassen.

Gerburg Treusch-Dieter schreibt, „daß die strukturelle Arbeitslosigkeit heute irreversibel“ ist – das würde ich teilen. Sie meint aber auch, daß diese Sicht bereits Allgemeinsicht sei – das würde ich gerne teilen, halte es aber für falsch. Im Gegenteil, diese Erkenntnis ist, vor allem wenn man sich die Tagespolitik anschaut, überhaupt nicht präsent. Arbeitsplatzmangel wird dort, und nicht nur dort, stets auf irgendeine falsche Politik zurückgeführt oder gar auf böswilliges neoliberales Agieren: Die Politik könnte es schon richten, wäre sie nur die richtige.

Daß die Arbeit ausgeht, liegt darin, daß sich die organische Zusammensetzung des Kapitals seit jeher sich zugunsten des konstanten Kapitals entwickelt. Die lebendige Arbeit, das variable Kapi-

tal, nimmt in jeder einzelnen Ware im Durchschnitt tendenziell ab. Heute kommt diese Entwicklung durch die mikroelektronische Revolution mit aller Kenntlichkeit zu sich. Das Neuartige ist, daß die freigesetzten Arbeiter nicht mehr ausreichend anderweitig kompensiert werden können, wie das in der fordistischen Ära in den zentralen kapitalistischen Ländern noch funktionierte. Konventionelle Lösungen dieses Problems sind nicht in Sicht.

Die Minimierung der Arbeit in einem Produkt resp. auch in einer Dienstleistung ist an sich positiv. Negativ wird sie erst, so schreibt Marx im ersten Band des „Kapitals“ durch ihre typisch kapitalistischen Folgewirkungen. Es ist demnach so, daß „die Maschinerie an sich betrachtet die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt den Arbeitstag verlängert, an sich die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigert, an sich ein Sieg der Menschen

über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht, an sich den Reichtum des Produzenten vermehrt, kapitalistisch angewandt, ihn verpaupert usw.“

Arbeit – verstanden als abstraktifizierbare Arbeit, als Lohnarbeit – ist keine ontologische Größe, sondern eine historische Notwendigkeit, begrenzt auf bestimmte Epochen. Wenn hier also von Arbeit gesprochen wird, dann ist darunter Erwerbsarbeit zu verstehen. Im Deutschen ist die äußerst sinnvolle Differenzierung zwischen *Arbeit(en)* und *Werk(en)* im Laufe der letzten Jahrhunderte weitgehend verloren gegangen. Der Umgang mit der Kategorie „Arbeit“ ist daher nicht unproblematisch, da es anders als z.B. im Englischen keine Unterscheidung zwischen „work“ und „labour“ gibt. So reden viele aneinander vorbei.

Zu tun gibt es wahrlich genug. Was ausgeht, ist die Lohnarbeit. Warum glauben wir nun akkurat, daß sie uns erhalten bleiben soll? Die einfache Antwort darauf ist, daß unser Auskommen am Einkommen hängt. Daß somit Arbeit als existentielle Notwendigkeit auftritt. Wir uns ein Leben ohne sie gar nicht vorstellen können, nein: dürfen. Alles, was heute über die Marktwirtschaft hinausdenkt, wird als Halluzination diskreditiert, da mag es den bürgerlichen Individuen noch so dreckig gehen. Ein positiv gewendeter Abschied von Arbeit, Geld und Wert erscheint als ein völlig utopisches Hirngespinnst. Doch in negativer Form veranstaltet er sich mit all seinen zerstörerischen Auswirkungen gerade eben jetzt an den Betroffenen.

Der Arbeitskritiker André Gorz schreibt in seinem allerneuesten Buch: „Das unbedingte Bedürfnis eines ausreichenden Einkommens dient als Vehikel, um im Gegenzug das ‚unbedingte Bedürfnis nach Arbeit‘ einzuschmuggeln.“ Aber auch dieses „unbedingte Bedürfnis nach Einkommen“ ist problematisch, es ist selbst bloß ein durch die Warengesellschaft bedingtes. Gorz bleibt in seiner Kritik auf halbem Wege stehen. Auch er versteht Einkommen primär als monetäre Größe. Indes ist gerade dies zu hinterfragen. Nicht Arbeit und Einkommen wären zu entkoppeln, sondern das individuelle Auskommen ist vom Zwang zum individuellen Einkommen – sei es direkt oder indirekt – zu befreien.

Zu essen ist ein unbedingtes Bedürfnis, Geld zu haben lediglich ein sozial bestimmtes. Nichtsdestoweniger ist für die modernen Subjekte Arbeit oder Geld das, was für den mittelalterlichen Menschen Gott gewesen ist: der Überfetisch. „Geld existiert notwendig“, könnte man gegenwärtig frei nach Spinoza sagen. Doch dieses abendländische Prinzip von *ora et labora* ist schwer erschüttert, und zwar in all seinen Varianten, vom Protestantismus bis zum Sozialismus. Bekreuzigen wir uns nicht, sondern trachten wir vielmehr danach, daß diese Beben auch zu einer progressiven Chance genutzt werden können.

Arbeit ist ein Übel. Arbeit ist Leid. Arbeit rich-

tet die Menschen psychisch und physisch zugrunde. Einst unabdingbar für das Fortkommen, wird sie heute immer unnötiger und unmöglicher. Arbeit meint Selbstentwirklichung. Sie ist einem fremd, wird getan, weil sie Lohn bringt. Nach dem Sinn der Beschäftigung soll erst gar nicht mehr gefragt werden. Wichtig ist, ob sie sich rentiert, ob Profite, Löhne, Arbeitsplätze realisiert werden können. Die Leute haben gefälligst zu arbeiten. Nichts anderes sollen sie auch wollen. Bis zum letzten Schweißtropfen gilt es daran festzuhalten. Arbeit macht nicht frei, sie ist die Unfreiheit par excellence, der aufgeherrschte Zwang zur Entmenslichung, was heißt sich zu verdingen, zu verkaufen, zu verwerten.

Auch die verblödende Massenkulturindustrie hat ihre Bedingung nicht in ihr selbst, sondern in den demotivierenden Alltagsprozessen der Menschen, vor allem in der Lohnarbeit. In deren Wesen haben geistige Beschränktheit und praktische Angepaßtheit ihre Wurzeln. Sie ist der Grund von Abgestumpftheit und Abgeklärtheit der bürgerlichen Individuen. „Der Betrieb ist der Ort, an dem der Typ des medial gewissenlosen Menschen hergestellt wird, der Geburtsort des Konformisten“, sagt Günther Anders. Arbeit macht dumm.

Der Philosoph Anders betrachtet Arbeit als Zeitverlust. Das ist sie auch. Sie meint nicht Erfüllung des Lebens, sondern Mühsal der Existenz. Arbeitszeit ist gestohlene Lebenszeit. Daß Arbeitsplätze in einer Situation, wo sie sich als überflüssig erweisen, geradezu angebetet und erlehnt werden, daß man sich nicht freuen kann, wo Freude angesagt wäre, ist eine perverse Groteske sondergleichen. Eine marktwirtschaftliche, wohl-gemerkt.

Das Heldenlied der Arbeit steht vor seinem Abgesang. Ungeachtet dessen intoniert sich jenes noch einmal als politischer Leitkanon aller Gläubigen. Die rituellen Sprechchöre, die da nach Arbeit schreien, sind ja nicht zu überhören. Auch wenn ihnen zusehends etwas Gespenstisches anhaftet. Damit sollen nicht die aktuellen Bewegungen diskreditiert werden, Kritik allerdings ist unverzichtbar: Der Protest ist berechtigt, sein Ziel hingegen antiquiert.

Was ansteht, ist das Gegenteil des Aufgeführten: Nicht eine Kampagne für die Arbeit, sondern eine Kampagne gegen die Arbeit. Eine, die die geistigen Beschränkungen der alten Arbeiterbewegung, aber auch der neuen Arbeitsloseninitiativen zu überwinden versteht. Soziale Perspektive und sozialer Kampf sind nicht mehr prinzipiell an einer affirmativen Bezugnahme auf Arbeit und Geld auszurichten. Auch wenn es das unmittelbar nicht spielen sollte, muß dieser Tabubruch passieren, um den Paradigmenwechsel zu ermöglichen. Was jetzt noch unmöglich erscheint, kann aber morgen schon selbstverständlich sein.

Der Feierabend der Arbeit ist potentiell vielversprechend, in seinen konkreten Verwirkli-

chungen aber barbarischer Natur, weil die Fortschritte als Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit oder Perspektivlosigkeit über die Leute hereinbrechen. Neue Formen der Solidarität, und zwar abseits der obligaten Forderungen nach (mehr) Arbeit und Geld, sind deswegen hier vonnöten. Nicht das einmal Erreichte ist zu sichern oder gar zurückzuholen, sondern es geht darum, Zukunft zu entwerfen. Die Arbeitslosenproteste, wenngleich noch befangen in den alten Mythen, könnten auch zu einem Treibsatz neuer sozialer Bewegungen werden.

Notwendig ist die direkte Anerkennung des Gegenüber in der Kommunikation. Das *Wer bist du?* hat über die Frage des *Was bist du?* zu obsiegen, sodaß die Menschen sich als sie selbst, nicht als und über ihre bürgerliche Rolle definieren müssen. Somit sich der Charaktermaske entledigen. Arbeit ist bloß Anerkennung der Menschen auf einem Umweg gewesen.

Der rechts-linke Konsens von „Arbeit schaffen“ muß negiert werden. Ganz blasphemisch ist zu fragen: Wer soll eigentlich wozu vollbeschäftigt werden? – Nicht um das „Recht auf Arbeit“ ist zu kämpfen, sondern um einen selbstverständlichen „Anspruch auf Leben“. Und das meint nicht die bloße Existenz, sondern ganz profan die Teilhabe an der erzeugten Güter- und Leistungsfülle, die heute global hervorgebracht werden kann. Der Vorsatz „Wir wollen fleißig arbeiten“ ist durch den Ansatz „Wir wollen gut leben“ zu ersetzen. Selbstbewußtsein ist angesagt, nicht Bittstellerei. Mut statt Demut.

Dem Recht auf Arbeit ist aber kein Recht auf Faulheit entgegenzusetzen. Es gilt vielmehr, einen kreativen Müßiggang ins Auge zu fassen, ein produktives Tätigsein, das frei ist vom Zwang zur Verwertung. Langsamkeit und Effektivität schließen einander da nicht aus. Muße ist anstatt von Müssen zu etablieren. Das Bewußte hat das Bewußtlose abzulösen. Kreativität und Produktivität, Aktivität und Solidarität stehen im Mittelpunkt zukünftiger Praxis, ja selbst das scheinbar abgeschmackte Wort der *Werkätigkeit* könnte unversehens wieder zu Ehren kommen. Zweifelloso: Getan werden wird. Gearbeitet werden muß deswegen noch lange nicht.

Ziel ist die Abnahme der gesellschaftlich gebundenen Zeit. Emanzipation heißt Kampf gegen den existentiellen Kampf und schließlich dessen Überwindung, zumindest was die materielle Seite anbetrifft. Es geht um den Schritt vom *Überleben* zum *Leben*. Um nichts weniger als um den Austritt aus der menschlichen Vorgeschichte: „Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion.“ (Marx) Auf der Tagesordnung steht eine emanzipatorische Aneignung der Zeit. Damit die Zeitgenossen auch Zeitgenießer werden. Weil können. ■

Kritik der Nation

von Stephan Grigat

Die Auseinandersetzung über Nation und Nationalismus schwelt im „Kritischen Kreis“ schon seit längerem. Um die Differenzen auch öffentlich diskutierbar zu machen, nachfolgend einige kurze Anmerkungen zu Franz Schandls Artikel „Kommunikation als Denunziation“ in den letzten „Streifzügen“.

Menschen sollen nett zueinander sein, Linke besonders. Soweit die Übereinstimmung mit Schandls Artikel. Das sagt uns aber noch nichts darüber, wie Nation, Nationalismus und Antisemitismus in der Gesellschaft und in der Linken zu kritisieren sind.

Schandls Ausführungen zum Nationalismus bleiben schwammig. In dem Bemühen, abzuwägen, zu differenzieren, zu allen nett zu sein, verliert sich die konsequente Kritik. Seine einzige konsequente Kritik ist jene am radikalen Antinationalismus. Die Argumente und Polemiken der Antinationalisten seien „Totschlagformeln“. Statt einer „abstrakten Negation der Nation“ will Schandl über „nationale Motive und Momente“ diskutieren um zu einer „weiterführenden Auseinandersetzung über die nationale Frage“ zu kommen, was aber „zwischen solch Extremen wie ‘Nie wieder Deutschland’ und ‘Deutschland einig Vaterland’“ schwierig sei. Nun fragt sich, was denn die – für Schandl scheinbar akzeptable – Position zwischen diesen „Extremen“ wäre. Was heißt es, über „nationale Motive“ zu diskutieren? Was meint Schandl, wenn er in einer Buchbesprechung im „Spektrum“ Diedrich Diederichsen zustimmend zitiert und meint, es sei „schon was dran“, daß die Alternative zur „reinen undialektischen Heimatsehnsucht“ nicht die „reine Kritik“ sei? Was soll sich denn zur reinen Kritik noch dazugesellen?

Es ist zwar richtig, daß der Versuch für die Erklärung von Nationalismus nicht mit dem Einverständnis mit Nationalismus gleichgesetzt werden kann, aber es gibt Erklärungen, die eher zum Einverständnis mit dem Erklärten neigen – oder leichter als solche mißverstanden werden können – als andere. Natürlich vertritt Schandl nicht jene widerliche Position, die da meint, das Totschlagen von Ausländern sei ein berechtigter Protest gegen soziale Mißstände. Dennoch hält auch Schandl die Hinwendung zur sozialen Situation der Deutschen und Österreicher für die Erklärung des Rassismus und Nationalismus für notwendig. Die fundamentale Wertkritik droht dabei zum kruden Soziologismus zu verkommen.

Das Problem bei Schandls Text ist, daß er ihn selbst gegen Kritik immunisiert, indem er das meiste Gesagte gleich wieder relativiert. Das Gesagte muß aber auch im Zusammenhang damit verstanden werden, daß dieser Text zunächst im „Neuen Deutschland“ erschienen ist. Wenn in solch einer Zeitung steht, Linksradi- kale hätten zwar auf Grund ihrer antinationa-

listischen Ausrichtung ihre Meriten, „nicht aber aufgrund ihrer proamerikanischen Zurückhaltung!“, so ist das nicht nur eine Kritik etwa an der antideutsch motivierten Parteinahme eines Jürgen Elsässers für die imperialistischen Konkurrenten der BRD, über die man diskutieren könnte, sondern vor allem eine Anbiederung an die Leser und Leserinnen des ND, von denen viele schon immer gegen Comics, „Negermusik“ und westliche Oberflächlichkeit waren.

Schandl meint, „dort, wo sich Linke als (...) Antisemiten bezichtigen (...) wird jede Zusammenarbeit, ja jedes Gespräch unmöglich.“ Was soll man aber tun, wenn Linke tatsächlich latent oder – was Schandl scheinbar unbekannt ist – offen antisemitisch argumentieren? Was er als Kritik meint, müßte als Forderung formuliert werden: da wird in der Tat jede Zusammenarbeit und – zumindest bei offenem Antisemitismus – auch jedes Gespräch unmöglich.

Schandls Argumentation basiert auf der Unterscheidung zwischen Kritisieren und Denunzieren: „Mit ersterem will man ins Gespräch kommen, mit letzterem nicht.“ Zum einen ist in diesem Zusammenhang der Begriff der Denunziation unangebracht. Er suggeriert eine institutionalisierte Gewalt, bei der jemand angeschwärzt wird um dann abgestraft zu werden. Die Verhältnisse in der deutschen wie auch in der österreichischen Linken werden damit, ebenso wie durch die Behauptung vom „vorgeschriebenen Antideutschtum“, umgedreht. Die nationale Linke mit ihrem Massenanhang und ihrem umfangreichen Publikationswesen scheint plötzlich einem übermächtigen radikalen Antinationalismus gegenüberzustehen und von ihm verfolgt zu werden – einem Antinationalismus, der in Wahrheit weitgehend marginalisiert ist und sich nur in wenigen Zeitschriften artikulieren kann. Zum anderen ist das, was Schandl mit Denunzieren vermutlich meint, nämlich radikale Kritik, die auch polemisch formuliert werden kann, notwendig. Gerade die Reaktionen auf scharfe, anfänglich vielleicht überzogen erscheinende Kritik an latentem Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus zeigen oft erst die volle Berechtigung der Kritik. Gerade dieses Hervorholen tiefsitzender

Ressentiments mittels Kritik, die bei ihrer Formulierung keine Rücksicht auf die Befindlichkeiten der Kritisierten nimmt, ist erforderlich, um sich keinen Illusionen über den Zustand der Gesellschaft und der Linken hinzugeben.

Eine Neu- oder Reformulierung linker Gesellschaftskritik und emanzipatorischer Praxis kann nur konsequent antinational sein. Die aus dem Fetischismus der bürgerlichen Produktionsweise resultierende negative Vergesellschaftung bringt die Notwendigkeit einer verdinglichten Darstellung der gesellschaftlichen Beziehungen hervor. Die Herrschaft der Wertverwertung erzwingt die Existenz der Nation als etwas scheinbar Allgemeines und Wahres. Die Äußerungen wertfetischistischer Subjekte über sich und die Gesellschaft sind nahezu zwangsläufig nationalistisch. Die einzige Antwort einer fundamentalen Wertkritik auf die „nationale Frage“ ist daher nicht das Schwadronieren über die angeblich fortschrittliche Rolle des Nationalismus in der Geschichte oder ein permanentes „sowohl als auch“ angesichts der heutigen nationalen Linken, sondern die praktische Kritik der Nation. Für die österreichische Linke geht es nicht darum, sich von der Parole „Nie wieder Deutschland“ abzugrenzen, sondern sie sich zu eigen zu machen; aber nicht dadurch, daß die Kritik an Deutschland zur Affirmation der österreichischen Nation verkommt, sondern dadurch, daß man hierzulande endlich einmal „Nie wieder Österreich“ auf die Tagesordnung setzt.

Streifzüge

Medieninhaber: Kritischer Kreis – Verein für gesellschaftliche Transformationskunde, Margaretenstr. 71-73/23, A-1050 Wien
Herausgeberin: Context – Initiative für freie Studien und brauchbare Information, A-1140 Wien
Redaktion: Stephan Grigat, Patrizia Gruber, Franz Schandl, Gerhard Scheit, Günter Schneider, Gerold Wallner, Maria Wölflingseder und Robert Zöchling
Produktion: Robert Zöchling
Hersteller: Fa. Melzer, Kirchengasse 48, 1070 Wien

Einerlei

EUROPAS HISTORIKER ERFORSCHEN DEN KOMMUNISMUS

von Gerhard Scheit

Wenn es die Sowjetunion nicht gegeben hätte, die Vereinigten Staaten hätten sie erfinden müssen“ – schrieb Günther Anders 1980 (*Die Antiquiertheit des Menschen*, Bd.2, S.18) und war wiederum insofern seiner Zeit voraus, als er die Existenz der Sowjetunion in die Vergangenheit setzte. Tatsächlich gilt dieser Satz nach dem Untergang der Sowjetunion in einem noch viel umfassenderen Sinn. Bezog sich Anders einst hauptsächlich auf die Waffenproduktion und beschränkte die Gültigkeit seiner Spekulation auf das Verhältnis USA-SU, so dient die vergangene Existenz der Sowjetunion mittlerweile zur Legitimation für den gesamten Zustand der Welt: sie wurde post festum globalisiert.

Es geht offenkundig um den allseitigen Wunsch, jene Dialektik der Aufklärung zu verdrängen, die das Barbarische als Moment der Moderne begreift. Diesem Wunsch gemäß verfährt die Apologie der Moderne manichäisch: sie benötigt ein Reich des Bösen, das sie vollkommen von sich abscheidet und isoliert, um alle gesellschaftlichen Zusammenhänge, die zwischen diesem Reich und dem eigenen existieren, zu verleugnen (Die Apologeten des 'Realen Sozialismus' kommen dem übrigens entgegen, wenn sie ihrerseits die Folgen der Oktoberrevolution wie ein Experiment in einem Laboratorium begreifen, systematisch isoliert, bei dem dann irgendwann dem wissenschaftlichen Team einige Fehler mit dem Wertgesetz passiert wären). Den Nationalsozialismus als Reaktion auf den Bolschewismus zu deuten, ist bereits eine gängige Argumentation geworden; den Kapitalismus als Reaktion auf den Kommunismus zu interpretieren, gelang selbst Nolte bisher nicht. Wie aber läßt sich dann verdrängen, daß die Oktoberrevolution eine Folge des Ersten Weltkriegs war – des ersten großen Gipfelpunkts, den die Akkumulation des Kapitals in Europa erklimmte? (Wenn Gott gut ist und allmächtig, woher kommt dann der Teufel?) So lautet das Problem, vor dem der Manichäismus steht. Es gibt nur eine Lösung: Die Existenz der Sowjetunion muß aus ihren eigenen Toten abgeleitet werden.

Das Mysterium, das hier erfordert ist, wird durch den Fetisch der Zahl gestiftet: mit ihm wird von den gesellschaftlichen Zusammenhängen, in denen Menschen zu Tode gebracht wurden, abstrahiert, denn in diesen Zusammenhängen könnte wie in kommunizierenden Gefäßen der Druck der außerhalb des Reichs des Bösen

liegenden Welt sichtbar werden. Und die Heimatländer der ursprünglichen Akkumulation zählen bekanntlich nicht gerne die Toten, auf denen sie ihren Wohlstand aufbauen.

Das Guinness Buch der bösen Rekorde

In Frankreich haben Historiker dem Reich des Bösen nun endlich Rechnung gelegt und eine Art Guinness-Buch der Rekorde in Sachen Crimes, terreur, répression veröffentlicht („Sur une tragédie de dimension planétaire ... le premier livre de référence“): rechtzeitig zum achtzigsten Geburtstag der Oktoberrevolution versuchen sie im Schwarzbuch des Kommunismus¹⁾ alle zusammenzurechnen, die im Namen des Kommunismus – d.h. in solchen Staaten, die sich auf das Ziel des Kommunismus beriefen – ermordet wurden und kommen summa summarum auf die Zahl von 85 bis 100 Millionen – die sich wie folgt aufteilen: für China wird die runde Zahl von 65 Millionen Opfer berechnet; für die Sowjetunion werden 15 bis 20 Millionen veranschlagt; es folgen Kambodscha und Nordkorea mit je 2 Millionen; Afrika (Angola, Moçambique, Äthiopien) mit 1,7 Millionen, Vietnam mit 1 Million und Lateinamerika (Kuba, Nicaragua) mit 150 000 Ermordeten. Den weißen Umschlag des 850 Seiten dicken Buchs zierte eine verkaufsfördernde Schleife – sie ist zugleich die Seele des Ganzen; auf ihr steht geschrieben, worum es einzig geht, worin Ziel und Methode zusammenfallen: „85 millions de victimes“ (und darunter der Name des Verlags). Mittlerweile sind bereits 100 000 Exemplare verkauft – und der Verlag könnte also die Schleife folgendermaßen ergänzen: „Bereits 100 000 Gesamtöfper und 100 000 Gesamtauflage“.

Als Priester, der ins Mysterium der Zahl einweihet, fungiert der Herausgeber des Sammelbands Stéphane Courtois – der einst zum maoistischen Verein „Vive la Révolution“ gehörte, mittlerweile jedoch Anschluß an die akademische Gruppe „Vive le capital“ gefunden hat. Ort der heiligen Handlung ist die Einleitung. Hier sprang der Herausgeber für den verstorbenen Ex-Kommunisten François Furet ein, der ursprünglich für das Vorwort vorgesehen war und der bereits in seinem 1994 erschienenen Buch *Le Passé d'une illusion – Die Vergangenheit einer Illusion* – den kommunistischen Dämon exorzierte hatte. Courtois nun vereint „Rassen-Genozid“ und „Klassen-Genozid“ zur Kommunion des Opfers: „le génocide 'de classe' rejoint le

génocide 'de race'“ (S.19). Der Totalitarismus ist hier bis zur Symmetrie im Satzbau perfektioniert; die Opfer werden buchstäblich auf die Waage der Totalitarismustheorie gelegt: „Der Hungertod eines ukrainischen Kulaken-Kinds, das vom stalinistischen Regime bewußt dem Hunger überlassen wurde, ist ebensoviel 'wert' wie der Tod eines jüdischen Kinds im Warschauer Ghetto, das vom Naziregime dem Hunger überlassen wurde.“ („la mort de faim d'un enfant de koulak ukrainien délibérément acculé à la famine par le régime stalinien 'vaut' la mort de faim d'un enfant juif du ghetto de Varsovie acculé à la famine par le régime nazi.“ S.19) Es geht um das Abwiegen der Opfer – nicht um die Verhältnisse, die sie zu Opfern machten. Der Historiker überträgt auf die Toten genau jenen Wahn des Quantitativen, dem die Lebenden zum Opfer fielen. Der Erfolg seines Bandes in Deutschland ist damit vorprogrammiert.

Courtois rundet nicht nur die 85 Millionen Opfer, die sich aus den einzelnen Beiträgen des Bandes schätzungsweise ergeben, auf 100 auf, er möchte vor allem die Totalitarismustheorie auf dieser Basis neu durchrechnen, um die Gleichung Hitler=Stalin, die überall als Grundgesetz der demokratischen Mathematik anerkannt ist, durch eine andere zu ersetzen: Stalin (=Lenin=Trotzki) ist gleich – nach Adam Riese und Ernst Nolte – Hitler mal vier! Denn nach den Berechnungen von Courtois hat der Nationalsozialismus nur 25 Millionen Tote gefordert: auf diese Zahl kommt er scheinbar durch einen Trick: er klammert einfach die toten Soldaten der Kriegshandlungen aus – und berücksichtigt nur die Opfer unter der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten und unter den Kriegsgefangenen. Damit wendet er aber auf den Nationalsozialismus eben genau jenes Modell an, das ihm zur Berechnung der Opfer des Kommunismus dient – und diesem vermag nicht einmal Courtois die Toten des Krieges zuzuschlagen. In den Augen des Nolte-Anhangers fällt dem Nationalsozialismus also keine größere Schuld am Zweiten Weltkrieg zu als dem 'Kommunismus'. Vor allem aber wird damit bestritten, daß der Krieg der Wehrmacht und die Vernichtung der Juden eine Einheit bildeten. Wer hier immer noch nicht begriffen hat, wem diese Arithmetik am meisten nützt, erfährt es am Ende der Einleitung, wenn Courtois schreibt: „Neuerdings hat die Hervorhebung einer 'Einzigartigkeit' des Genozids an den Juden, die die Aufmerksamkeit

auf seine außergewöhnliche Grausamkeit lenkt, die Wahrnehmung vergleichbarer Tatsachen in der kommunistischen Welt behindert.“ (S.33)

Dies ging sogar einigen Mitarbeitern des Bandes zu weit. Zwei der wichtigsten, Nicolas Werth und Jean-Louis Margolin, protestierten in einem Artikel in *Le Monde* gegen die vereinfachenden Thesen ihres Herausgebers. Doch im Grunde tun die empörten Mitarbeiter ihrem Projektleiter Unrecht: der Priester der Opfer-Kommunion hatte in seiner Einleitung nichts anderes getan, als die Zahlen beim Wort zu nehmen, die ihm von seinen Ministranten gereicht wurden, die Abstraktion also zu vollenden, die in der Methodik der einzelnen Beiträge selbst angelegt ist. Freilich zeigt sich dabei eine durchaus unterschiedlich ausgeprägte Fähigkeit zur Differenzierung. Die Zahl ist das Ziel – auf dem Weg dazu bemüht sich jedoch so mancher Autor um Devianz, allein schon um sich als akademisches Subjekt zur Geltung zu bringen. Dies betrifft neben den Beiträgen von Andrzej Paczkowski über Polen und Karel Bartosek über die Tschechoslowakei vor allem Nicolas Werths Aufsatz über die Sowjetunion, der fast 300 Seiten umfaßt. Während Courtois etwa Hungersnöte umstandslos als Vernichtungsmethoden rubriziert, unterscheidet Werth zwischen den Opfern des Bürgerkriegs, der Arbeitslager, der Hungersnot (man stelle sich etwa die diesbezüglichen Zahlen in einem 'Schwarzbuch des Kapitalismus' vor), der Umsiedlung und der Liquidierung politischer Gegner (für die Zeit der 'großen Säuberung' kann er genau 681.692 Erschießungen nachweisen). In den meisten seiner Berechnungen liegt er eigentlich unter den sonst von Antikommunisten lancierten Zahlen: im Jahresdurchschnitt faßten die Lager nach seinen Berechnungen 2 bis 2,7 Millionen Häftlinge.

Wie eng dennoch der Spielraum solcher Differenzierung oder besser Dividierung ist, den Nicolas Werth in seinem Beitrag zuläßt, zeigt sich gerade dort, wo über die Epoche der Sowjetunion hinausgegangen und ein Vergleich mit dem Zarenreich angestellt wird: so kommt Werth für die Zarenzeit zwischen 1825 und 1917 auf 6321 politische Todesurteile, die Tscheka indes habe bereits innerhalb von zwei Monaten 10 000 bis 15 000 Exekutionen erreicht – und darin erblickt der Autor in Sachen Terror eine „veritable kopernikanische Revolution“ (S.91). Hätte er im Schwarzbuch der bürgerlichen Gesellschaft – Kapitel Frankreich! – nachgeschlagen, wäre ihm die Wende nicht mehr so kopernikanisch vorgekommen: die Bilanz des Jahres II der Französischen Revolution lautet: 17 000 Todesurteile und 35 000 bis 40 000 Tote – und dies bei einem wesentlich kleinerem Land, mit wesentlich kleinerer Bevölkerungszahl.²⁾ Wenn schon Totalitarismustheorie auf arithmetischer Basis – dann ordentlich und wirklich total.

In der Logik des Schwarzbuchs der Rekorde liegt auch, daß der Beitrag über China – jenes Land, das doch am meisten zur Gesamtbilanz des Kommunismus beigetragen hat – beinahe der kürzeste ist. Mit seinen knapp hundert Seiten hat er etwa dieselbe Länge wie das Kapitel über Osteuropa oder das über die Dritte Welt. Jean-Louis Margolin macht nicht viele Geschichten um die Zahlen. Die Kulturrevolution wird als Folge von „Pogromen“ rationalisiert (S.574). Für die Zeit zwischen 1959 und 1961 konstatiert der Autor – wieder ein Rekord – die „größte Hungersnot der Geschichte“ (S.530ff.) und berechnet mit verschiedenen Hochrechnungsverfahren 20 bis 43 Millionen Tote, die er sogleich auf das Konto von Mao verbucht. Eigentlich übernimmt Margolin die nationalkommunistische Ideologie Maos und kehrt nur deren Vorzeichen um: die katastrophalen Folgen des „Großen Sprungs nach vorn“, mit dem der Staat das Land aus der Dritten Welt in die Zweite katapultieren wollte, werden aus der Willenskraft d.h. negativ ausgedrückt: aus dem „Starrsinn“ des großen Führers erklärt.

Weißbuch des Nationalsozialismus

Das Schwarzbuch aus Frankreich ist vor allem ein Weißbuch für Deutschland. Die deutsche Presse griff begierig nach den neuen Zahlen über den Kommunismus, rief einen neuen Historikerstreit aus – und nahm bei dieser Gelegenheit die Reduktion der Naziopferzahlen auf 25 Millionen wie ein Geschenk dankbar aber diskret entgegen, ist doch hiermit implizit anerkannt, daß Deutschland keine besondere Schuld am Zweiten Weltkrieg trifft. Zugleich hat man mit dem Schwarzbuch das Gegengift zu Goldhagen parat: jede neu aufflammende Diskussion über den 'eliminatorischen Antisemitismus' läßt sich in Hinkunft mit Zahlen ersticken. Während die FAZ das eine Mal mit „Einhundert Millionen“ (13.11.97), das andere mit „Hundert Millionen Tote“ (26.11.) titelte (damit die Schleife des Buchumschlags noch übertrumpfte) und hinzufügte: „viermal mehr als der Nationalsozialismus“, konnte sich die Hamburger ZEIT offenkundig nicht mehr zurückhalten und platzte mit dem Sinn, der diesen Zahlen in Deutschland zukommt, heraus – die Schlagzeile ihres Dossiers lautet: „Der rote Holocaust“ (21.11.) – natürlich ohne Anführungszeichen. Die Nationalzeitung oder die Junge Freiheit konnte keine bessere mehr finden; nicht einmal der SPIEGEL, der darum vielleicht verzichtete, die spektakuläre Publikation mit einer Titelgeschichte zu würdigen.

In den Nachfolgestaaten des Dritten Reichs ist die Totalitarismustheorie eben gefährlicher als anderswo. Political correctness dient hier nur als Suggestivfrage: im Interview mit der ZEIT (Wolfgang Proissl) antwortet Courtois auf die Frage nach der Einzigartigkeit von Auschwitz genau so, wie man es von ihm in Deutschland

erwarten darf: „Die Kommunisten haben die gleichen Schreckenstaten vollbracht. Meiner Meinung nach gibt es keine Spezifität des Völkermords an den Juden. Andere haben andere Völkermorde begangen ... Einzigartig ist an Auschwitz allein die industrielle Tötungsmethode. Nur die Nazis haben das getan. Doch Auschwitz war nicht charakteristisch für den Judenmord. Noch ehe Auschwitz eröffnet wurde, sind bereits zwei Millionen Juden durch Erschießung, Verhungernlassen und auf andere Weise von den Nazis ermordet worden – also nach den gleichen Methoden, nach denen Stalin etwa die Kulaken getötet hat.“ Keine weiteren Fragen mehr hierzu: die Zahl hat ihre Wirkung getan und alle Fragen nach dem systematischen Zusammenhang der Tötungen vor und in Auschwitz erledigt. Immerhin folgt dem Interview in pluralistischer Manier nicht nur eine begeisterte Rezension von Heinrich August Winkler, sondern auch eine grundsätzliche Kritik von Rudolf Walthers.

Weniger korrekt, sondern wie immer unnachahmlich salopp stellt der SPIEGEL (Nr.48) die Suggestivfrage: „War der rote Völkermord genauso schlimm wie der Nazi-Holocaust?“ Und offener als anderswo plappert der Journalist, Carlos Widmann, das deutsche Interesse an dem Buch aus: die Neugier der westlichen Öffentlichkeit auf den „roten Völkermord“ sei bis zum Erscheinen dieses Buchs „erstaunlich begrenzt“ geblieben. „Dieses laue Interesse steht in einem gewissen Widerspruch zur unentwegten Beschäftigung mit der Terrorherrschaft der Nazis und der Ermordung von sechs Millionen Juden“; wobei nicht versäumt wird, einige maliziöse Bemerkungen über Goldhagen einzustreuen. Die eigentliche Aufmerksamkeit des SPIEGEL jedoch richtet sich auf das Zahlenmaterial: in einer eigenen übersichtlichen Grafik werden die Ergebnisse des Schwarzbuchs nicht nur anschaulicher als im Buch selber präsentiert – sie werden auch nach oben hin korrigiert: das Hamburger Nachrichtenmagazin versteht sich als das bessere, periodisch erscheinende Schwarzbuch des Kommunismus: die von Werth errechneten 15 Millionen Opfer der Sowjetunion werden mit 35 Millionen überboten; die 400 000 bis 1 Million der chinesischen Kulturrevolution mit 4 bis 10 Millionen (ohne Angaben von Quellen versteht sich). Bei den 25 Millionen Opfern der Nazis verzichtet der SPIEGEL auf jede Korrektur. Wenn jedoch der rechtsextreme französische Europa-Abgeordnete Bernard Antony den Sinn des ganzen Schwarzbuch-Unternehmens ausspricht und einfach sagt: „Dagegen war Hitler doch ein Milchknabe“, distanziert sich das deutsche Nachrichtenmagazin despektierlich: dies sei eine „plumpe Reaktion“. FOCUS (Nr.48) wiederum unterscheidet sich vom SPIEGEL durch eine ebenfalls plumpe Vereinfachung der Zah-

len-Grafik. Dafür jedoch werden die Zahlen hier wesentlich eindrucksvoller personifiziert: ein großes Porträt Stalins mit der Bildunterschrift „Der Beelzebub“ steht einem kleiner dimensionierten und tiefergestellten Bild Hitlers gegenüber, das die Unterschrift „Der Teufel“ trägt. Den Teufel mit Beelzebub austreiben – das ist auch das wahre Motto der Totalitarismustheorie in Deutschland.

Eine jämmerliche Farce bietet hingegen der Freitag (28.11.): Als sollte der Geständniswahn der Moskauer Schauprozesse noch einmal vorgeführt werden, outet sich Michael Jäger „als Kommunist“, um sich im selben Atemzug dem Souverän als geläuterter, Deutschland treu ergebener Staatskommunist zu empfehlen, indem er rückhaltlos das Schwarzbuch von Courtois verteidigt und eine Totalitarismustheorie nach Art der PDS oder der Grünen formuliert: „Im 20. Jahrhundert verwirklichten alle, was sie für die Wissenschaft hielten. Hitler die Rassenlehre, Stalin die Theorie der ‘absterbenden’ Klassen. Die Baumeister der Kernkraftwerke berufen sich heute noch auf den Forschungsprozeß.“ Und obendrein die Fleischesser auf die Evolutionstheorie.

Die ursprüngliche Akkumulation des Bösen

Die ‘Opferbilanz’ löscht die heterogenen Bedingungen des gewaltsamen Todes aus – das ist ihre ideologische Aufgabe. Ein Begriff des Stalinismus aber könnte nur aus dieser Heterogenität gewonnen werden (die sich etwa auch im diskontinuierlichen Auftreten der Massenverbrechen niederschlägt) – im genauen Gegensatz zum Nationalsozialismus, dessen Vernichtungspolitik im Zusammenwirken wie in der Konkurrenz der beteiligten Institutionen geradezu homogen und kontinuierlich entwickelt wurde: sein Fluchtpunkt ist die totale Identität; industrielle Tötung nichts anderes als konsequent zu Ende geführter Rassismus und Antisemitismus. Ein Schwarzbuch über den Nationalsozialismus, das nur die Zahlen der Opfer enthielte, wäre dennoch (auch wenn es deren haarsträubende Minimierung durch Courtois korrigieren würde) so sinnlos wie das vorliegende über den Kommunismus. Entscheidend für den Begriff der nationalsozialistischen Herrschaft sind nicht die Zahlen der ermordeten Juden, sondern die Tatsache, daß jeder einzelne Jude unmittelbar und wie immer er sich auch verhalten mochte, von der Vernichtung bedroht war; welche Quantität diese Vernichtung dann erreichen konnte, hing von Faktoren ab, die außerhalb des Nationalsozialismus lagen.

Dies bedeutet auch, daß im Falle des Stalinismus Einzeluntersuchungen zu bestimmten Bereichen der Repression weiterführen als jede Gesamtschau. Solche monographischen Studien sind umso weniger spektakulär und aufsehen-

erregend, je mehr sie von der Abstraktion der bloßen Zahl abweichen und konkrete Verhältnisse und gesellschaftliche Zusammenhänge zu dokumentieren suchen. Das Buch ‘Archipel GULag – Stalins Zwangslager’ von Ralf Stettner³⁾ bietet im einzelnen weniger neues Quellenmaterial als eine brauchbare Zusammenfassung bisheriger Forschungsergebnisse. Zu einer kritischen Theorie des Stalinismus könnte es beitragen, weil es die Geschichte der sowjetischen Lager nicht isoliert als bloßes Terrorinstrument darstellt, sondern in den Zusammenhang der gesellschaftlichen Entwicklung des Landes rückt. Freilich huldigt auch Stettner – er ist wissenschaftlicher Referent beim Deutschen Bundestag – dem Manichäismus, indem er das Land selbst isoliert betrachtet: Sozialismus als fensterlose Monade. Was bleibt anderes übrig, als diesen Zusammenhang anhand von Stettners Untersuchung zu rekonstruieren.

Eine gewisse Affinität von Staatskommunismus und Zwangsarbeit zeigt sich bereits im Oktober 1917, wenn Lenin die Zwangsarbeit vorschlägt, um die „Staatsmaschinerie ins Laufen zu bringen“ (S.45) – ähnliche Argumente finden sich zur selben Zeit auch bei Trotzki. Kann aber Lenin und Trotzki zugute gehalten werden, daß sie diese Staatsmaschinerie nach eigenem Bekenntnis nur vorübergehend laufen lassen wollten, um nämlich die Weltrevolution anzuzünden und das Absterben des Staates in die Wege zu leiten, so wäre auch die Zwangsarbeit zunächst nur als ephemere Maßnahme anzusehen. Von einer umfassenden ökonomischen Nutzung der Arbeitskraft der Häftlinge kann jedenfalls bis Mitte der zwanziger Jahre keine Rede sein.

Die Ausbreitung der Revolution scheiterte bekanntlich an Deutschland – die sowjetische Staatsmaschine lief – ohne Lenin und ohne Trotzki – weiter und benötigte neue Energie: Da die Sowjetunion keine Kolonien besaß und mit ausländischem Kapital nicht rechnen konnte, mußten innere Kolonien geschaffen werden, in denen mittels Zwangsarbeit das nötige Kapital akkumuliert werden konnte – um mit der Industrialisierung des Auslandes Schritt halten zu können und dort die bei aller Abschottung notwendigen Investitionsgüter einzukaufen. Was in der ursprünglichen Akkumulation des Westens auf getrennten Bahnen verlief – die Enteignung der Bauern und die Versklavung der kolonialen Bevölkerung – wurde in der verkürzten, nachgeholten Akkumulation zusammengezogen: die enteigneten Bauern selber dienten in den Lagern als Sklaven. 1929 war das „Jahr des großen Umschwungs“: in der Dekulakisierungs-Aktion wurde die Landwirtschaft kollektiviert, d.h. die mittleren Bauern enteignet; Millionen von ihnen wurden in Lager eingewiesen oder zur Zwangsarbeit in entlegene Gebiete verbannt. Der GULag entstand als integriertes Element der nachgeholten Akkumulation, und er

blieb es, bis sie abgeschlossen war. Ralf Stettner zeigt im einzelnen, wie das Strafrecht hierzu als Rekrutierungsinstrument verwendet wurde: war etwa 1921 noch als Höchststrafe 5 Jahre (!) vorgesehen und der Ausdruck ‘Strafe’ überhaupt gestrichen, so wurde dieser Begriff 1934 wieder eingeführt und die Höchststrafe nach sukzessiver Erhöhung seit Mitte der Zwanziger Jahre 1937 auf 25 Jahre festgelegt.

Das Lagersystem wurde zu einer Zeit ausgebaut, als das Land an einem akuten Arbeitskräftemangel litt. Mittels Terror sollten die fehlenden Arbeitskräfte herbeigezwungen, die abstrakte Arbeit aus den Menschen herausgepreßt werden. Die Zwangsarbeit wurde vor allem für die Großprojekte der ersten Fünfjahrespläne mobilisiert: den Ausbau des Eisenbahn- und Straßennetzes (z.B. Ausbau der Transsib, Bau der Baikal-Amur-Magistrale) die Errichtung von Kanälen (z.B. Moskwa-Wolga-Kanal), Erdarbeiten etc. – mit einem Wort: Schaffung von Infrastrukturen für die Industrie. Dies war die Voraussetzung der Industrialisierung – nicht anders als im Westen, nur daß sie im Osten in einem radikal verkürzten Zeitraum vonstatten ging. Und diese Verkürzung wurde nicht zuletzt durch die Nähe Deutschlands erzwungen. Besondere Bedeutung erlangte die Zwangsarbeit der Lagerinsassen darum auch während des Angriffs der deutschen Wehrmacht: große Häftlingskontingente wurden in kriegswichtigen Bereichen wie der Rüstungsindustrie, beim Bau strategisch wichtiger Verkehrslinien und bei Verteidigungsbauten eingesetzt. Und nach 1945 erhielt die Zwangsarbeit noch einmal grundlegende Bedeutung, als die Arbeitskräfte der von den Deutschen ermordeten 20 Millionen Menschen ersetzt werden mußten, um die von den Deutschen zerstörte Produktion wieder aufzubauen. So hat Deutschland – natürlich im Verein mit Österreich – auch auf diese Weise seinen Beitrag geleistet (Exportweltmeister der Barbarei müßte es im Schwarzbuch des Nationalsozialismus heißen).

Mitte der fünfziger Jahren hatte nicht nur Stalin, sondern auch der GULag in vieler Hinsicht ausgedient: seine Hauptaufgaben waren erfüllt, für die jetzt anstehenden Aufgaben arbeitete er zu ineffizient, war volkswirtschaftlich gesehen nicht mehr rentabel. Man benötigte in dieser Phase vor allem ‘freie Arbeit’, qualifizierte und motivierte Facharbeiter. Das Wirtschaftssystem hatte sich konsolidiert und modernisiert, die industrielle und infrastrukturelle Erschließung rohstoffreicher Gebiete war weitgehend vollzogen; durch den jahrzehntelangen Einsatz der Häftlinge waren viele Gegenden kultiviert worden, und es gelang nunmehr in größerem Umfang, ‘freie’ Arbeiter zu bewegen, in diesen Gebieten zu arbeiten. Der Konflikt mit der chinesischen Führung, die erst begonnen hatte, die Akkumulation anzuzünden und sich

darum weiterhin an der früheren Sowjetunion orientierte, konnte nicht ausbleiben. Diese schließlich politisch rationalisierte Ungleichzeitigkeit trug durch den Abzug der sowjetischen Techniker und den Lieferstopp für sowjetische Maschinen wesentliches zum Akkumulationskollaps in China um 1960 bei.

Rückblickend bleibt der genaue Anteil der Zwangsarbeit an der Gesamtproduktion der Sowjetunion schwer zu ermessen; ja alle Zahlenangaben die Lagerinsassen und die Toten der Lager betreffend schwanken in der Studie über das GULag-System ähnlich wie im Schwarzbuch des Kommunismus – dabei setzt Stettner bei einer höheren durchschnittlichen Zahl von Lagerinsassen an (für den Zeitraum von 1937 bis 1941 zwischen 3 und 13,5 Millionen); bei der jährlichen Todesquote geht er von 3 bis 10 Prozent aus. Allerdings läßt sich gerade hier die innere Situation der Lager nicht von der äußeren der Sowjetunion trennen – das begreift sogar ein Referent des Deutschen Bundestags: „Einen erheblichen Anstieg der Todesrate brachte der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs mit sich. Die nach Osten verlegten Häftlinge wurden in völlig überfüllten oder nur improvisiert eingerichteten Lagern untergebracht, Versorgung und Verpflegung wurden knapp. Erst mit der Verbesserung der Verpflegung und der medizinischen Versorgung 1948 bis 1950 gelang es, die Sterbequote in den Lagern auf die der örtlichen Zivilisten zu senken.“ (S.190)

Nicht nur in diesem Punkt wird die Differenz zum NS-Vernichtungslager deutlich. Die Studie von Ralf Stettner belegt eindrucksvoll, daß das Arbeitslager vor allem ein Mikrokosmos der stalinistischen Arbeitsgesellschaft war; so wurden hier im Prinzip dieselben Arbeitsmethoden und Produktionskriterien angewandt wie in der übrigen Gesellschaft: „Wie überall führten auch die Lager zu Zeiten des ersten Fünfjahresplanes die 'wirtschaftlichen Rechnungsführung', den 'Wettbewerb' und das 'Stoßbrigadlertum' ein.“ (S.285) Die Zwangsarbeitslager waren im Grunde das, was die Linke (in Ost und West) immer in den NS-Vernichtungslagern sehen wollte: der Staat realisierte hier unter verschärften Bedingungen nichts anderes als die gewöhnliche kapitalistische Rationalität. Es handelte sich wirklich um eine entsetzliche Version der kapitalistischen Fabrik – während die NS-Vernichtungslager wie eine Industrie gewordene Projektion funktionierten – kapitalistische Rationalität wurde im Nationalsozialismus mit antisemitischer Konsequenz am 'anderen Objekt' negiert, um sie zu bewahren: durch die Vernichtung der Juden, auf die man das Real-Abstrakte dieser Rationalität projizierte. Auf diese Weise 'konkretisierte' sich die Volksgemeinschaft des Dritten Reichs. Moïse Postone spricht darum von Auschwitz als einer deutschen Revolution: „Auschwitz war eine

Fabrik zur 'Vernichtung des Werts'. d.h. zur Vernichtung der Personifizierung des Abstrakten.“ Die Personifizierung jedoch ist kein spontaner Vorgang, keine 'automatische' Verblendung wie etwa der Warenfetisch – sie wurde vielmehr in mühsamer deutscher Wertarbeit hergestellt: vom „Wucherjuden“ bis zum „raffenden Kapital“, von Luthers „Teufelsbrut“ bis zu Hitlers „internationalem Finanzjudentum“ – ohne diese Personifizierung sind die Baupläne der Vernichtungslager nicht denkbar.

Die sowjetischen Zwangsarbeitslager wären demgegenüber als Konzentrationslager im Wortsinn zu sehen: die ganze sowjetische Gesellschaft wurde hier konzentriert, und darum bringen die Lager eine Grundtendenz der staatshörigen Arbeiterbewegung in reinsten und barbarischster Form zum Ausdruck: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ – dieses alte Arbeiterbewegungsmotto findet sich auf den Spruchbändern vieler Lager.

Emigration ins Reich des Bösen

Besonders einprägsam wird der Arbeitsalltag des Stalinismus in Aufbruch, Hoffnung, Endstation dokumentiert – einem 700 Seiten umfassenden Buch über die österreichischen Emigranten in der Sowjetunion⁴⁾ –, da diese Studie von Barry McLoughlin, Hans Schafranek und Walter Szevera ihre umfangreichsten Kapitel der Emigration von Facharbeitern und Schutzbündlern widmet. Bei der Schutzbund-Emigration handelt es sich um jene Angehörigen der Selbstschutzorganisation der österreichischen Sozialdemokratie, für die nach dem gescheiterten Aufstand im Februar 1934 an ein Bleiben in Österreich nicht mehr zu denken war. So flüchteten etwa 750 von den insgesamt etwa 1200 Vertriebenen in das 'Vaterland der Werktätigen' – vertrieben aus dem Vaterland derer, die verkündeten, das Gotteswerk zu tun. Bekannt ist der große Anteil der Schutzbündler bei den Interbrigadisten im spanischen Bürgerkrieg; weniger erforscht ist ihr Schicksal in der Sowjetunion, wo sie meist als einfache Arbeiter Beschäftigung fanden – und zugleich einer anderen Art von Repression ausgesetzt waren als jener, die ihnen von Österreich her ein Begriff war.

Die Zahlen hierzu sind mit etwas sorgfältigeren Methoden recherchiert als jene des Schwarzbuchs von Courtois: mindestens 190 der in die Sowjetunion geflüchteten Schutzbündler wurden vom NKWD verhaftet, die wirkliche Zahl ist vermutlich höher, da die Autoren in über 100 Fällen die individuellen Schicksale während der stalinistischen 'Säuberungen' noch nicht klären konnten; ungefähr 30 wurden – zum großen Teil 1938 in Moskau – erschossen, „die Zahl der im Gefängnis, bzw. im GULag Umgekommenen ist unbekannt; man kann jedoch davon ausgehen, daß höchstens 10-15 Prozent die mörderischen Haftbedingungen

überlebten“ (S.344); 46 Schutzbündler lieferte das NKWD während der Periode des Hitler-Stalin Pakts (1939-1941) an die Gestapo aus. Eine größere Anzahl, etwa ein Zehntel der ursprünglich in die Sowjetunion geflüchteten Schutzbündler, kehrte nach 1938 freiwillig zurück – und das heißt also: 'heim ins Reich'. Der Nationalsozialismus feierte diese Heimkehr der verlorenen Söhne mit einem eigenen Buch als Triumph über die Sowjetunion – zu einem Zeitpunkt als der Angriffskrieg gegen dieses Land bereits im vollen Gang war.

Gerade die Genauigkeit, mit der in dem ganzen Buch – auf der Basis neuen Materials aus den Moskauer Archiven – die Zahlen über die Situation dieser vielen unbekannt gebliebenen Emigranten und Emigrantinnen ermittelt werden und der Lebenslauf jedes einzelnen 'Falls' rekonstruiert wird, verleiht der Darstellung eine gewisse Plastizität: sie vermag etwas von der beklemmenden Lage in der Sowjetunion zu evozieren und das Pathos und die Rhetorik Lügen strafen, die in den Erinnerungen der 'Prominenten', der Schriftsteller und Partei-Intellektuellen, diese Lage – bei aller möglichen Kritik – verklären. Jedes bürokratische Detail des Daseins wird erwähnt, von der Anzahl der Formulare, die auszufüllen sind, bis zu den jeweiligen Preisen für Brot, Butter, Schuhe etc., von denunziatorischen Nebenbemerkungen in diversen Berichten bis zu den kleinsten innerbetrieblichen Auseinandersetzungen am Arbeitsplatz ... In gewisser Weise müssen wohl die bürokratischen Strukturen im einzelnen nachvollzogen – d.h. in ihrer ganzen alltäglichen Wirksamkeit beschrieben – werden, um die Eigenart des bürokratischen Systems überhaupt anschaulich zu machen. Die andere Möglichkeit bestünde bloß darin, Kafka zu imitieren.

Auch wer hier nach Munition sucht, um über das Ende des Kalten Kriegs hinaus weiterhin auf die toten Staatskommunisten zu zielen, wird so rasch nicht fündig werden: er findet vielleicht Brauchbares in einigen scharfen moralischen Bemerkungen, mit denen die Fakten kommentiert werden – etwa wenn vom „menschenverachtenden politischen Opportunismus und Zynismus“ (S.411) der KPÖ-Führung die Rede ist, die sich für Verhaftete nicht oder auf sehr zweifelhafte Weise einsetzte. Im besonderen jedoch gelingt es nur in wenigen Fällen, die Schuld der einzelnen Funktionäre kenntlich zu machen – es entsteht im Ganzen eher der Eindruck eines diffusen Schuldzusammenhangs, der zwar aus den sozialen und politischen Verhältnissen abgeleitet werden kann, aber hinsichtlich der individuellen Beteiligung mehr Fragen entstehen läßt, als beantworten kann.

„Wir halten ihn aber nicht für ein eindeutiges Element“, heißt es in einem der zahlreichen zitierten Berichte (S.316), die dazu dienten, jemanden zu verdächtigen. Niemand hielt sich

im Innersten wohl selbst für ein eindeutiges Element der bürokratischen Staatsmaschine, jeder spürte in sich die Vieldeutigkeit in seiner Einschätzung der aktuellen Situation, der gerade ausgegebenen Losung, in seinem Verhältnis zur geforderten Arbeitsdisziplin, in seinen persönlichen Beziehungen zu bereits verdächtigten 'Elementen'... Und darum entstand überall die hektische Bemühung – „Wachsamkeit“ genannt –, diese als negativ empfundene Uneindeutigkeit auf andere zu projizieren – die schließlich als feindliche, fremde Elemente stigmatisiert, ausgegrenzt, liquidiert wurden. Im Unterschied jedoch zur Welt des NS-Staats wurden diese uneindeutigen, fremden und feindlichen Elemente nicht systematisch rassistisch gekennzeichnet. (Selbst als Legitimationsideologie mißbraucht, boten die Schriften von Marx, Engels und Lenin hierzu keine wirkliche Handhabe.) Und gerade diese permanente, ja sich steigende Unsicherheit in der Identifizierung des Fremden und Feindlichen, das rassistisch nicht eindeutig fixiert werden konnte (oder durfte), macht die eigentümliche Dynamik der stalinistischen Säuberungen aus: jeder konnte prinzipiell ein solches Element sein, im nächsten Moment aus irgendeinem, kaum erkennbaren Grund von den anderen dazu gemacht werden: es gab keinen Ariernachweis. Darum konnte hier die Trennlinie zwischen Tätern und Opfern in ganz spezifischer Weise durch eine Person hindurchgehen; Brecht hat dafür im Lehrstück eine spielerische Form gefunden und in der Maßnahme in gewisser Weise die Moskauer Schauprozesse vorweggenommen. Dem Nationalsozialismus aber ist das Ritual dieser Prozesse so fremd wie dem Badenweiler-Marsch die Ästhetik des Lehrstücks.

Solche spezifischen Mechanismen stalinistischer Repression entgehen allerdings der Studie von McLoughlin, Schafranek und Szevera, da sie nicht viel anders als das Schwarzbuch des Kommunismus die reale Stalinsche Abschottungspolitik einfach nachvollzieht und nur die Vorzeichen ändert: die Sowjetunion erscheint auch hier als systematisch isoliertes Laborato-

rium, in dem entweder alles schief läuft oder Beelzebub himself die Experimente leitet. Eine Auseinandersetzung mit der Totalitarismustheorie findet jedenfalls nicht statt – und das legt schließlich nahe, daß diese Theorie der Studie in weiten Teilen zugrundeliegt. Was im Schwarzbuch des Kommunismus explizit behauptet wird, tritt hier nur assoziativ zutage. Wie bei Courtois aber dient das Warschauer Ghetto zur Identifizierung, wo es an begrifflichem Denken mangelt – über die Evakuierung der Emigranten aus Moskau nach Andishan (Usbekistan) „in Viehwaggons“ schreibt Hans Schafranek: „Vor dem Krieg eine Bezirksstadt mit 60.000 Einwohnern, schwoll Andishans Bevölkerung durch endlose Züge von Verbannten und Evakuierten auf nahezu eine Million an ... Ein solcher Ansturm von freiwilligen und unfreiwilligen Zuwanderern hätte auch unter anderen politischen Voraussetzungen ein organisatorisches Chaos hervorgerufen. Aber Menschenleben waren in Andishan nahezu wertlos. Bei Ulrich Nebenführs Schilderung fühlt man sich unweigerlich an die Berichte aus dem Warschauer Ghetto erinnert.“ (S.575) Dabei war die Evakuierung für Juden doch die Rettung vor jener Vernichtung, für die das Warschauer Ghetto als Rampe fungierte. Es macht eben einen Unterschied, ob die mit Menschen vollgestopften Viehwaggons sich auf Auschwitz zu oder von ihm weg bewegen.

Tatsächlich jedoch hätte das Material den Autoren nicht wenige Möglichkeiten eröffnet, über solche unwillkürlichen Assoziationen hinaus zu einer bewußteren Reflexion des Verhältnisses von Stalinismus und Nationalsozialismus zu gelangen. In dem Kapitel über die Facharbeiter von Walter Szevera heißt es etwa: „Aufällig sind insbesondere die vielen antisemitischen Äußerungen von Heimkehrern, vor allem zwischen 1935 und 1938 ... in einer Zeit also, in der man sich (in Österreich; G.S.) solcher Sprachmuster noch nicht zwingenderweise befleißigen mußte (sic!). So vermerkte ein 1937 heimgekehrter Emigrant, daß 'dort massenhaft viele Funktionäre und Direktoren angestellt'

seien, die sich 'fast ausschließlich aus Juden rekrutieren; sie sind gegen die Bevölkerung äußerst grausam.' Andere berichteten davon, die Staatsführung liege 'ausschließlich' in jüdischen Händen ... Manche ließen sich zu der Feststellung hinreißen (sic!), daß Kommissare alle Juden seien und von den Erträgen der russischen Bauern leben würden. Laut einem Bericht ... traten während einer Schlägerei anläßlich einer Betriebsversammlung schwere antisemitische Ausschreitungen seitens österreichischer Facharbeiter zutage. Österreicher schrien in der Versammlung andere Ausländer mit 'Saujuden' an ... Antisemitismus war ein schweres Delikt in der sowjetischen Rechtsprechung und konnte Haftstrafen nach sich ziehen. Bei den Facharbeitern jedoch drückte man in der Phase des Ersten Fünfjahresplans ein Auge zu, in der Folge der Parteisäuberungen 1936 reichten solche Aussagen für eine Strafanklage, häufiger jedoch für einen Landesverweis aus.“ (S.118) So konnte sich hier der Antisemitismus, der bekanntlich auch eine Leidenschaft von Stalin war, nicht offen und unbegrenzt entfalten – im Gegensatz zu dem der „Heimkehrer“ nach Österreich.

Der Text erscheint Ende Mai 1998 in dem neuen Buch von Gerhard Scheit: Mülltrennung. Beiträge zu Politik, Literatur und Musik, das der Hamburger Konkret-Verlag herausbringt.

- 1) Stéphane Courtois u.a.: *Le livre noir du communisme. Crimes, terreur et répression*. Paris 1997
- 2) Zu den Zahlen vgl. den Beitrag von niemand anderem als François Furet im 26. Band der *Fischer Weltgeschichte*. Frankfurt am Main 1982. S.69
- 3) Ralf Stettner: „Archipel GULag“: *Stalins Zwangslager. Terrorinstrument und Wirtschaftsgigant. Entstehung, Organisation und Funktion des sowjetischen Lagersystems 1928-1956* Paderborn usw. 1996
- 4) Barry McLoughlin, Hans Schafranek, Walter Szevera: *Aufbruch, Hoffnung, Endstation. Österreicherinnen und Österreicher in der Sowjetunion 1925 - 1945*. Wien 1997

Wenn Sie am weiteren Bezug der **Streifzüge** interessiert sind, machen Sie bitte von beiliegendem Zahlschein Gebrauch (Zahlungen von 100,- öS/Jahr betrachten wir als ausreichende Abo-Zahlung).

Darüber hinausgehende Zahlungen für die weitere Verbreitung der **Streifzüge** und für die Tätigkeit des KRITISCHEN KREISES haben wir dringend nötig und wären uns deshalb höchst willkommen.

Vorwärts zur Nachknappheitsordnung!

ANTHONY GIDDENS UND DIE PLATTHEITEN DER ZWEITEN MODERNE

von Franz Schandl

Jeder erfolgreiche Politiker hat seine Einsager. Tony Blair hat Tony Giddens. Grund genug, nachzulesen, was hinter „New Labour“ steckt. Stellenweise liest sich der Band auch wie ein Parteiprogramm, was für eine wissenschaftliche Publikation nicht unbedingt ein Kompliment ist. Natürlich ist es richtig, wenn Giddens meint, daß der Sozialstaat in seiner bestehenden Form nicht überleben kann, daß dieser auch bisher die wirtschaftliche Ungleichheit nicht abgebaut hat, daß Vollbeschäftigung als Ziel wenig Sinn macht, daß Klasse nicht mehr als soziale Zugehörigkeit erlebt wird. Was aber nun?

Einmal mehr soll die Demokratie demokratisiert werden. „Mehr Transparenz der Regierung würde der Demokratisierung der Demokratie nützen“, müssen wir da lesen. – Müssen wir das lesen? Daß solch abgestandene Allerweltsslogans noch immer nicht hinterfragt werden, verwundert, nachdem sie nun schon Jahrzehnte zum Standardrepertoire aller Demokratiereformer gehören. Der Komparativ „demokratischer“ verbaut jedoch die Analyse, da er eine historische und kritische Sicht der Demokratie verstellt. Ihre Leistungen wie Beschränkungen verschwinden in einer enthusiastischen Bewunderung.

Das Ideal der Demokratie funktioniert wie ein Wunschkonzert. Der Begriff der Demokratie steht heute mehr denn je unter einem politischen Modezwang, den man „zu allen möglichen Zwecken und bei allen möglichen Anlässen benützen zu müssen glaubt“, wie der bedeutende österreichische Rechtsgelehrte Hans Kelsen bereits vor mehr als siebzig Jahren feststellte. Und daher „nimmt dieser mißbrauchteste aller politischen Begriffe die verschiedensten, einander oft sehr widersprechenden Bedeutungen an, sofern ihn nicht die übliche Gedankenlosigkeit des vulgär-politischen Sprachgebrauchs zu einer keinen bestimmten Sinn mehr beanspruchenden, konventionellen Phrase degradiert.“

Da Demokratie so hoch im Kurs ist, soll sie nun als verallgemeinertes Meta-Prinzip weit über den öffentlichen Sektor hinausgreifen: „Der Bereich der persönlichen Beziehungen ist eine maßgebliche Arena potentieller Demokratisierung“, er ist „heute von erstrangiger Bedeutung für viele Aspekte der politischen Reform.“ Was ist aber ein demokratisiertes persönliches Leben? Vor allem dann, wenn Giddens selbst Demokratie auf Repräsentation zurückführt? Wer wird nun in einer Beziehung repräsentiert? Wie demokratisiert man eine Beziehung, ohne daß sie am Ende selbst weg ist? Zu schlechter letzt werden wir noch einmal diskutieren müssen, was ein demokratisches Essen, ein demokratisches Vergnügen oder gar ein demokratischer Beischlaf ist. Und das ist nicht zu weit hergeholt. In seinem Sexualitäts-Buch erstellte Giddens ein Kapitel mit dem bezeichnenden Titel „Intimität als Demokratie“.

Wenn die Linke – auch die gewendete – Demokratie aufkocht, stellt sich stets die Frage, welches Substantiv oder Adjektiv ihr denn nun wieder einfällt, um die wahre von der wirklichen Demokratie zu scheiden. Daß die Identität der beiden möglicherweise ein Schlüssel zu ernsthafter Gesellschaftskritik wäre, will ihr hingegen nicht in den Sinn. Was nun kommen soll, ist gar eine „dialogische Demokratie“. Deren dürre Definition liest sich bei Giddens so: „Die dialogische Demokratie unterstellt lediglich, daß der öffentlich geführte Dialog, ein Mittel bereitstellt, um im Verhältnis gegenseitiger Toleranz mit dem anderen im Nebeneinander zu leben...“

Spielen wir es durch, nehmen wir den Fall eines Arbeitslosen: Man kann ihm wohl plausibel machen, warum sein Arbeitsplatz dem ökonomischen Kalkül zum Opfer fallen mußte, man kann ihm ganz rational erklären, daß sein Unternehmen nicht anders konnte, daß die Entlassung keinen böswilligen Akt darstellt, man kann ihm weiters sagen, daß nach ebendieser Logik bei einer steigenden Arbeitslosenzahl die Leistungen der staatlichen Gemeinschaft gekürzt werden müssen, da sie ansonsten den öffentlichen Haushalt überlasten.

Nur, was wird ihm das alles nutzen, wo fast alle individuellen Bedürfnisse und Notwendigkeiten an Geld geknüpft sind, an Geld, das er nun nicht mehr oder nicht mehr ausreichend hat. Mangels an Perspektive wird er sich an Zustände klammern, die gerade obsolet werden. Was macht er mit dem Dialog, der gegenseitigen Toleranz und dem Nebeneinander, wenn er seine existentielle Lage bedroht sieht, sich ausgespuckt und entwertet fühlt? Die dialogische Demokratie kann hier doch nur noch als zynische Zumutung, als Gipfel der Unverschämtheit empfunden werden. Als Palaver, das Probleme einfach wegreDET. Toleranz und

Offenheit, Risikofreude und Flexibilität erscheinen vor diesem Hintergrund zusehends als die aktuellen Werbetexte am Jahrmarkt politischer Sinnstiftungen.

Nicht mehr der Sozialismus wird angestrebt, sondern eine Nachknappheitsgesellschaft. Von der Umverteilung wird Abschied genommen: „Gäbe es in der Nachknappheitsgesellschaft immer noch einen Sozialstaat? Nein, den gäbe es nicht mehr“. Laut Giddens geht es nun um ein „Lebensstil-Abkommen“. – Nur, sind alle Lebensstile wünschens- und tolerierenswert? Ist der Lebensstil eines Obdachlosen eine individuelle Möglichkeit oder nicht doch eher eine individuelle Verunmöglichung?

Wie soll die nun propagierte „Subpolitik“, diese „Gesellschaftsgestaltung von unten“ (Ulrich Beck) dem Markt und seinen Anmaßungen Grenzen ziehen? Wie sollen Machtverhältnisse überwunden werden? Wie kann die Pauperisierung ganzer Bevölkerungsgruppen verhindert werden? Hier gerät Giddens – wie so oft – auf die Ebene frommer Wünsche. Was er postuliert, hat mehr von einer Predigt als von einer Untersuchung: „Dialog beruht zwar nicht auf materieller Gleichheit, setzt aber voraus, daß unterschiedlich verteilte Ressourcen nicht dazu benutzt werden, die Äußerung bestimmter Ansichten zu verhindern, oder die Voraussetzungen des dialogischen Austauschs in ein drastisches Ungleichgewicht zu bringen.“ Na, bravo.

Das Hohelied der Politik feiert Auferstehung, ohne freilich angeben zu können, warum sie können soll, wozu sie ausersehen ist. Politik hat jedenfalls – wie bei Ulrich Beck – wieder erfunden zu werden: „Die erfinderische Politik ist eine Politik, der es darum geht, Individuen und Gruppen im Kontext der gesamtgesellschaftlichen Belange und Ziele die Möglichkeit zur Veranlassung des Geschehens zu geben, anstatt daß ihnen die Dinge widerfahren. Der erfinderische Politikbegriff tritt für eine öffentlich ausgetragene Politik ein, die den alten Gegensatz zwischen Staat und Markt überwindet. (...) Eine Schlüsselthese des vorliegenden Buches besagt, daß die erfinderische Politik das wichtigste Mittel ist, um heute wirksam Armut und sozialer Ausgrenzung begegnen zu können.“

So geht es die ganze Zeit dahin. Giddens schwadroniert. Da ist weder Stringenz im Den-

ken noch Eloquenz im Ausdruck. Er kann so auch nicht das eine durch das andere wettmachen. Daß er trotzdem gefällt, sagt mehr über die Gefälligkeit der Bewunderer als über den Bewunderten. Nicht nur im Feuilleton, selbst auf den politischen Seiten feiert Anthony Giddens seltsame Hochzeiten. Daß er sogar von Jörg Haider – man verweise nur auf seinen neuesten Buchtitel – ausgeschlachtet werden kann, sagt viel über die beliebige Beliebtheit dieser Art von Sozialwissenschaft aus. Schon Giddens letztes Buch über die Sexualität („Der Wandel der Intimität“) war von einer ganz dem Thema widersprechenden Trockenheit. Langweilig ist auch dieses. Solch Soziologie ist in ein regressives Stadium getreten: Sie schwätzt.

Da wird eifriger plakatiert als analysiert. Appell und Postulat sind es, die dieses Werk beherrschen, seine negative Pointe ist der Fatalismus: „Zur Natur oder zur Tradition können wir zwar nicht mehr zurückkehren, doch als einzelne wie als Menschheit insgesamt können wir eine neue Moral anstreben für unser Leben im Kontext der positiven Hinnahme hergestellter Unsicherheit.“ Die Hinnahme steigert sich zur Hingebung, obwohl sie doch bloß eine Hinrichtung ist. Das Risiko wird von einer kritischen zu einer akklamierten Größe. Nicht die abgestellte Unsicherheit, sondern die hergestellte Unsicherheit wird zur programmatischen Leitlinie.

Wie paßt nun die „positive Hinnahme der Unsicherheit“ zu der selbstbestimmten „Möglichkeit zur Veranlassung des Geschehens“? Nun, des Rätsels Lösung bei Giddens oder auch bei Blair ist wohl ganz einfach: Es geht darum, dafür zu sein, was auf einen zukommt. Propagiert wird die blanke Affirmation des Geschehens, und die Überaffirmation desselben feiert sich dann als erfinderische Politik, als dialogische Demokratie oder gar als radikale Perspektive.

Es ist nicht viel, was hier an erfinderischer Politik erfunden wurde. Wenn Ulrich Beck, der Herausgeber der „Edition Zweite Moderne“ bei Suhrkamp behauptet, die Bände dieser Reihe „brechen aus dem „ehernen Gehäuse“ der Wissenschaften aus und bestimmen die Prozesse der Zweiten Moderne in einer lebendigen und verständlichen Sprache“, so muß dem ganz entschieden widersprochen werden. Ein Buch wie das von Giddens erscheint viel eher als der letzte Sud abendländischer Wissenschaft. Da ist nichts neu, da ist nichts lebendig, und was da verständlich ist, wurde längst verstanden.

Anthony Giddens

Jenseits von Links und Rechts –

Die Zukunft radikaler Demokratie.

Aus dem Englischen von Joachim Schulte

339 Seiten, Paperback, DM 30,-

(Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main)

GANZTÄGIGES SEMINAR DES KRITISCHEN KREISES ZUM THEMA

Die Freiheitlichen – Kritik und Einordnung

MIT REFERATEN VON FRANZ SCHANDL UND GERHARD SCHEIT

am Samstag, dem 16. Mai 1998

Anmeldungen bitte an die folgende Adresse:

Kritischer Kreis

p.A. Dr. Franz Schandl, Margaretenstraße 71-73/23, A-1050 Wien

Genaueres zu Thema, Ort und Zeit

wird den TeilnehmerInnen zeitgerecht bekanntgegeben.

Streifzüge 1996 – 1997

- 1/1996: Franz Schandl: Der gesellschaftliche Stau
Kritischer Kreis: Wie es weitergeht (zum „linken Dialog“)
Franz Schandl: Berginhalte statt Plattformen
Franz Schandl: Ökologie und Ökonomie
Gerold Wallner: Haslinger lesen und wie's eins nicht tun sollte
Franz Schandl: Subjekt und Geschichte
Hannes Hofbauer: Immer am Rande Europas
- 2/1996: Franz Schandl: Der Wert – Smith, Ricardo, Marx
Gerhard Scheit: Der Fetisch des Gebrauchswerts
Franz Schandl: SOS-Medienfreiheit?
Robert Zöchling: SOS Mediokratie
- 3-4/1996: Franz Schandl: Haiders Quantensprung
Franz Schandl: Extremismus der Mitte
Franz Nahrada: Beyond Money
Erich Ribolits: Versuch zu einer „Kritik der Arbeit“
Franz Schandl: Geschichte, Fortschritt und Emanzipation
Franz Schandl: Versuche über die Liebe und das Vögel
- 1/1997: Franz Schandl: Variation oder Alternative
Gerhard Scheit: Politische Ökonomie des Antisemitismus
Franz Schandl: Schlägt die Bevölkerung, wo ihr sie trifft
Gerhard Scheit: Eine Kritische Anmerkung zu Schandls Polemik
Maria Wölflingseder: Beispiele linker Mythen
Günter Schneider: 11 Thesen zur Wohnungsfrage
Norbert Trenkle/Ernst Lohoff: 12 Thesen zur EWU
- 2/1997: Patrizia Gruber: Über einige Aporien kritischer Gesellschaftstheorie
Franz Schandl: Der Kapitalismus und du
Gerold Wallner: Große Klasse
Franz Schandl: Populistische Televisionen
Harald Winter: Perspektiven – Strategien – Differenzen
- 3/1997: Franz Schandl: Zu Uns!
Franz Schandl: Information und Entformation
- 4/1997: Stephan Grigat: Zur Kritik des Fetischismus
Karl Reitter: Wir sind immer im Dazwischen
Franz Schandl: Proletarisch meint stets bürgerlich
Franz Schandl: Kommunikation als Denunziation

WEG UND ZIEL

Marxistische Zeitschrift

Unser Angebot zum Kennenlernen:
Das Probabo - Sie erhalten die nächsten 3
Ausgaben kostenlos und unverbindlich
zugesandt.

Bestellung durch Postkarte oder Brief
an Weg und Ziel
Weyringergasse 35/DG
A-1040 Wien



Heft 1/98: BRECHT/EIS-
LER

erhältlich um 50,- S + Porto
Bestellungen

VHS-Kurse mit Franz Schandl

Es bieten sich noch zwei VHS-Kurse in Meidling an.

In beiden werden Themen behandelt, die auch in den Streifzügen schon zur Debatte gestellt wurden, und zwar:

1) Medien und Politik

(KURS 221021, Montag, 18.00-19.30, 20.4., 27.4 und 4.5.1998, S. 190.- Kursbeitrag)

Nicht ob Meldungen stimmen, sondern ob sie verkaufbar sind, ist heute zu einem entscheidenden Kriterium medialer Inszenierung geworden. Deswegen hatte Klestil AIDS und wurde Diana ermordet. Warum aber reagieren wir so wie wir reagieren? Warum nehmen wir selbstverständlich hin, was uns vorgesetzt wird? Angesagt ist eine Aufklärungsreise durch das mediale Märchenland. Über die Rolle der Medien in der Gesellschaft, ihr Verhältnis zur Politik, über die Differenz von Text und Bild, über Skandalisierung und Kriminalisierung, über Sager und Aussagen, über Aufmachung und Anmache, über Zeitgeist und Ungeist, darüber und über manch anderes soll diskutiert werden.

2) Politik in der Moderne

(Kurs 221022, Montag, 19.30-21.00.1998, 20.4., 27.4 und 4.5.1998, S. 190.- Kursbeitrag)

Viel wird von ihr verlangt, denn alles soll sie können und für alles ist sie verantwortlich und zuständig: die Politik. In der Veranstaltung geht es vorrangig nicht darum, verschiedene Politikansätze zu diskutieren, sondern die Politik an sich als Formprinzip der Moderne zu hinterfragen. Anhand diverser sich aufdrängender Phänomene (Quereinsteigertum, Ästhetisierung, mediale Inszenierung, Outfit, Talk-shows, Privilegien) sollen nicht bloß die Möglichkeiten aufgezeigt, sondern auch Grenzen und Verfall der Politik deutlich gemacht werden.

Anmeldungen an die VHS-Meidling, Längenfeldgasse 13-15, 1120 Wien, Tel.: 8108067

Streifzüge-Abo

Die weitere Zustellung der Streifzüge kann nur durch Einzahlung eines Geldbetrages mittels des beiliegenden Zahlscheines sichergestellt werden. Die Höhe dieses Betrages stellen wir Ihrer Großzügigkeit anheim. Von dem eingezahlten Betrag gilt ein Teilbetrag von 100,- S als Streifzüge-Abonnement, jeder darüber hinausgehende Betrag gilt als Spende für die Streifzüge und für die Tätigkeit des Kritischen Kreises.

Zur Deckung der gesamten Kosten der Streifzüge sind wir auf die Bereitschaft der Leserinnen und Leser angewiesen, nach ihren Möglichkeiten auch höhere Beträge einzuzahlen.

Pb.b. - Verlagspostamt 1050 Wien